

sem Bereich den Ein- beziehungsweise Ausschluss von Frauen und betont die Wichtigkeit weiblicher Arbeit im Handwerksbetrieb bei gleichzeitigem Ausschluss von Frauen aus beziehungsweise deren Beschränkung in den Zünften. Ähnlich wie bei Universitätsstudenten werden Riten, die Gemeinsamkeit und soziale Bande herstellen, wie etwa das gemeinsame Trinken, betont.

Im Abschlusskapitel „Ein Mann werden“ betont die Autorin, dass in allen drei Gruppen junge Männer dazu erzogen wurden, Macht innezuhaben, und andere Männer zu befehligen. Gleichzeitig lernten sie, anders als Frauen zu sein. Karras sieht die Geschichte der Männlichkeit als einen wichtigeren Teil der Frauengeschichte, da die Zurückweisung von Weiblichkeit implizit oder explizit im Verständnis von Männlichkeit enthalten ist.

Generell scheint der Einfluss der religiösen Diskurse auf die Konstruktionen der Männlichkeiten nur sehr gering repräsentiert. Als Kritikpunkt an dieser Studie ist anzumerken, dass die gebotenen Beispiele oft eklektizistisch oder zu stark an normativen Quellen orientiert sind. Durch „sowohl als auch-Darstellungen“ bleibt in einzelnen Bereichen unklar, was die vorherrschenden Lebensmuster waren. Insgesamt zeigt diese Studie jedoch, dass der Boom der Geschichte der Konstruktionen beziehungsweise Formierungen von Männlichkeiten durchaus spannende und anregende Fragen eröffnen kann.

Brigitte Rath, Wien

Sieglinde K. Rosenberger u. Birgit Sauer Hg., **Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven**. Wien: WUV/UTB 2004, 314 S., EUR 23,60, ISBN 3-825-22479-1.

In die in den letzten Jahren erschienenen Einführungswerke in die feministische Frauen- und Geschlechterforschung und in feministische Wissenschaftstheorie, Methodologien und Methoden kann nun auch eine Einführung in die politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung eingereiht werden. Der Sammelband *Politikwissenschaft und Geschlecht*, herausgegeben von Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer, ist ein Überblickswerk, in das zwei Jahrzehnte politikwissenschaftlich-feministische Forschung eingegangen sind. Insbesondere seit den 1990er-Jahren sind zwar schon eine Reihe von politikwissenschaftlich-feministischen Werken erschienen. Die von Rosenberger und Sauer vorgelegte Publikation hat nun aber den Charakter eines Studienbuches, das systematisch Kategorien und Begriffe der Politikwissenschaft aus feministischer Perspektive kritisch darstellt und erweitert beziehungsweise auch revidiert. Denn wie die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung bemerken, handelt es sich bei diesem Unterfangen um eine Herausforderung der und einer Kritik an den Grundlagen und Schlüsselbegriffe(n) der Disziplin.

Da diese Herausforderung in der Politikwissenschaft oft nicht angenommen wird, wird in der Einleitung und auch in einigen Beiträgen der Frage nachgegangen, was die Gründe für die anhaltende Resistenz des politikwissenschaftlichen *main-* beziehungsweise *male-streams* gegen die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung sind. Aufge-

zeigt wird hier, wie eng die Politikwissenschaft mit der impliziten Männlichkeit ihres Gegenstandes verbunden ist und diese reproduziert – ein Politikum, das als solches historischer Ausgangspunkt der feministischen Kritik war, wie Regina-Maria Dackweiler in ihrem Beitrag „Wissenschaftskritik – Methodologie – Methoden“ ausführt. (51) Wesentlich dabei ist zum einen auch, dass höhere Positionen im Wissenschaftsbetrieb größtenteils männlich besetzt sind, und zum anderen ein enger Politikbegriff (bezogen vor allem auf die Institutionen des politischen Systems und kollektive Akteure, wie Parteien und Verbände als ausschließliche Orte und Akteure politischen Handelns) bestimmend ist und damit eine Bezugnahme auf eine meist männliche politische Entscheidungselite einhergeht. (11) Als weiterer wesentlicher Grund kann wohl auch der explizit „politische Impetus“ (41) feministischer Politikwissenschaft beziehungsweise feministischer Forschung überhaupt hinzugefügt werden, den Eva Kreisky in ihrem Beitrag „Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie“ hervorhebt und dessen Wurzeln in der Frauenbewegung zu verorten sind.

Besonders gelungen und für ein einführendes Werk hilfreich ist der systematische Aufbau der einzelnen Beiträge. Die Relevanz der jeweiligen Begriffe und Kategorien wird auf drei verschiedenen Ebenen diskutiert: der politischen, der politikwissenschaftlichen und der politikwissenschaftlich-feministischen Ebene.

So wird zum Beispiel der Beitrag „Arbeit und Arbeitsteilung“ von Ute Behning mit den aktuellen politischen Debatten zur „Krise der Arbeitsgesellschaft“ (191) eingeleitet, die vielfach aus feministischer Perspektive als Krise der männlichen Vollerwerbstätigkeit identifiziert wurde. Dem wird der damit einhergehende Trend der „Feminisierung der Erwerbsarbeit“ (192) mit seinen geschlechterpolitischen Implikationen gegenübergestellt, um anschließend die Institutionalisierung der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit im Zuge der Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen und die darin eingelassene Trennung der geschlechtsspezifisch konnotierten Arbeitssphären darzustellen. (193f) Diese Trennung der Arbeitssphären sollte schließlich auch prägend für staatliche Sozialpolitik sein, so dass die traditionelle Kernfamilie als Grundannahme des Zusammenlebens in die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates und seiner Politiken einging. (195) Folge dieser Politik war eine nachrangige Einbindung von Frauen in den Wohlfahrtsstaat, deren Status ein familiärer, vom Ehemann abgeleiteter sein sollte, während Männer als (erwerbsarbeitende) Individuen einbezogen wurden.

Mit den Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und den Lebensformen wurde aber die Annahme über die Kernfamilie als Normalität brüchig. Dieser Sachverhalt und die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen finden zwar Eingang in die politikwissenschaftliche mainstream-Forschung und -Debatte. Trotzdem wird Arbeitsteilung nicht aus geschlechtsspezifischer Perspektive beleuchtet und unbezahlte weibliche Reproduktionsarbeit weiterhin zum Verschwinden gebracht. (195) Politisch wird die zunehmende weibliche Erwerbsbeteiligung im österreichischen Diskurs eher problematisiert und vor allem im Zusammenhang mit einer sinkenden Geburtenrate diskutiert, während auf EU-Ebene eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote angestrebt wird. Wie die Autorin betont, geht es hier auch um eine Reorganisation privater und öffentlicher Arbeit durch die Politik der EU (197), was von einigen feministischen Wissenschaftlerinnen in Zweifel gezogen wird – wird doch mit der Schaffung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die oft als

Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen angepriesen werden, ein gegenteiliger Effekt erzielt.

In einem dritten Schritt wird in dem Beitrag die Entwicklung der feministischen Wohlfahrtsstaatskritik nachgezeichnet. Die Autorin gibt hier einen Überblick von den Debatten über „Lohn für Hausarbeit“ aus den 1970er-Jahren sowie die Kontroversen darum in der feministischen Forschung (199), über die Kritik an der Erwerbsarbeits- und Ehezentrierung der Wohlfahrtsstaaten in den 1980er-Jahren (201) bis hin zu den Ländervergleichsstudien der 1990er-Jahre, die die Unterschiedlichkeit europäischer Wohlfahrtsstaatsmodelle in ihren geschlechtsspezifischen Zuschreibungen und den darin enthaltenen Frauenbildern darstellen. (202) Vor diesem Hintergrund wurden die länderspezifischen Geschlechterleitbilder und ihre Entstehungsgeschichten untersucht, sowie eine Individualisierung der Sozialgesetzgebung – auch für Frauen – gefordert. (203) Daran schließt die „Care-Debatte“ an, die ein „Modell der universellen Betreuungsarbeit“ (206) entwickelte und die Lebensmuster von Frauen als Norm setzt. Über wohlfahrtsstaatliche Regulierung soll sichergestellt werden, dass Männer ebenso Betreuungsarbeit leisten wie Frauen und Frauen ebenso im Erwerbsarbeitsmarkt verankert sind wie Männer.

Die Ausführungen – nicht nur in diesem Beitrag – machen deutlich, wie sehr Privatheit, Familie und Geschlechterverhältnisse Gegenstand staatlicher Regulierung sind – entgegen dem allgemeinen politischen Diskurs, der hier staatliche „Nicht-Einmischung“ postuliert, die oft dann tatsächlich zum Tragen kommt, wenn frauenpolitische Agenden auf der Tagesordnung stehen.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit „Politik – Öffentlichkeit – Privatheit“ (Sabine Lang), „Macht – Herrschaft – Gewalt“ (Cornelia Klinger), „Staat – Institutionen – Governance“ (Birgit Sauer), „Demokratie – StaatsbürgerInnenschaft – Demokratie“ (Barbara Holland-Cunz), „Repräsentation“ (Sibylle Hardmeier), „Interesse – Identität“ (Sieglinde K. Rosenberger), „Politik und Recht“ (Gabriele Wilde) und „Krieg und Frieden in den Internationalen Beziehungen“ (Cilja Harders).

Die Autorinnen stellen ein nützliches Instrumentarium für eine kritische Perspektive auf viele politikwissenschaftliche Teilbereiche zur Verfügung – zum Studieren, zum Lehren und für alle, die einen fundierten Überblick erhalten wollen. Eine Aufgabe, die angesichts der Breite, die feministische Forschung in den unterschiedlichen Bereichen inzwischen erreicht hat, nicht zu unterschätzen ist.

Alexandra Weiss, Innsbruck